

Liebe Friedensinteressierte,

beiliegend einige Informationen und Artikel
ein Jahr nach dem 7. Oktober 2023.

1. FAZ: Liveticker

2. NZZ- Liveticker

3. IPG: „Die Bedrohung ist real und beständig“

4. IPG: „Die Hamas ist in Gaza bei vielen verhasst“

5. IPG: Ein Jahr nach dem Schock

6. DW: Iran und Israel: Wie aus Kooperation Feindschaft wurde

7. IPPNW: Friedensnobelpreisträgerorganisation fordert Ende der Gewalt

8. AUFRUF: FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN IN PALÄSTINA UND ISRAEL

9. UN: Ansprache Seiner Majestät König Abdullah II. auf der

79. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen

10. Campact: Einladung zum Online-Seminar

1. FAZ: Liveticker

<https://www.faz.net/aktuell/politik/krieg-in-nahost/liveticker-zum-krieg-in-nahost-libanon-trump-israel-sollte-irans-atomanlagen-angreifen-faz-19972506.html>

Robert Putzbach

5.10.2024 15:52 Uhr

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat sich am Samstag für einen Lieferstopp von Waffen an Israel ausgesprochen, die im Gazastreifen zum Einsatz kommen. Heute sei es vorrangig, zu einer „politischen Lösung“ zurückzukehren und Waffenlieferungen „für die Kämpfe im Gazastreifen zu beenden“, erklärte Macron am Samstag im Radiosender France Inter. „Frankreich liefert keine“, betonte er weiter. (...)

Franca Wittenbrink

5.10.2024 13:48 Uhr

Der iranische Außenminister Abbas Aragtschi hat bei seinem Besuch in Syrien die Notwendigkeit einer Waffenruhe in Libanon und im Gazastreifen bekräftigt.

"Die wichtigste Frage heute ist die Waffenruhe, besonders in Libanon und im Gazastreifen", sagte Aragtschi am Samstag bei seiner Ankunft in der syrischen Hauptstadt Damaskus vor Journalisten.

Weiter sagte Aragtschi: "Es gibt Initiativen, es gibt Konsultationen, von denen wir hoffen, dass sie erfolgreich sein werden." Weitere Einzelheiten nannte er nicht.

Als den Zweck seiner Reise nach Damaskus nannte der iranische Außenminister "die Fortsetzung der Konsultationen über die Entwicklungen in der Region". Es ist Aragtschis erster Besuch in Damaskus seit seinem Amtsantritt im August.

Zuvor hatte der Diplomat die libanesische Hauptstadt Beirut besucht. Dort hatte er Teherans Unterstützung für die Bemühungen um eine Waffenruhe zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon betont.

5.10.2024 09:53 Uhr

Guido Franke

Die UN will Israels Aufforderung, Teile ihrer Unifil-Friedenstruppe im Libanon zu verlegen, nicht nachkommen. Die Soldaten der UN-Beobachtermission würden „ihre Stellungen beibehalten“, hieß es am Samstag in einer Erklärung von Unifil.

Israel hatte die UN-Friedenstruppe demnach am 30. September zum „Rückzug der Blauhelme von einigen ihrer Positionen“ aufgerufen, da die israelische Armee "begrenzte Bodeneinsätze im Libanon" plane.

Die Soldaten der Friedenstruppe blieben aber „auf all ihren Positionen und die UN-Flagge weht weiterhin“, hieß es in der Erklärung.

Die Unifil-Friedenstruppe ist seit 1978 im Libanon stationiert, sie umfasst mehr als 10.000 Soldaten und Zivilkräfte. Durch die UN-Resolution 1701 aus dem Jahr 2006 wurden die Aufgaben der Blauhelmtruppe deutlich erweitert.

Die Friedenstruppe erhielt den Auftrag, einen nach einem damaligen Krieg zwischen Israel und der Hisbollah erreichten Waffenstillstand im Grenzgebiet zu kontrollieren und die libanesische Armee beim Grenzschutz zu unterstützen.

--

2. NZZ- Liveticker

<https://www.nzz.ch/international/israel-und-gaza-news-und-entwicklungen-im-nahostkonflikt-ld.1759794>

5.10.2024 12.34 Uhr

(...)

02.39 Uhr: Über 2000 Menschen in diesem Jahr in Libanon getötet

Das libanesische Gesundheitsministerium hat bekanntgegeben, dass bei israelischen Angriffen auf Libanon in diesem Jahr mehr als 2000 Menschen getötet worden sind, die meisten davon in den letzten zwei Wochen. Darunter seien 127 Kinder und 261 Frauen.

Uno-Sprecher Stephane Dujarric bezeichnete die Zahl der getöteten Zivilisten als «völlig inakzeptabel». Die libanesische Regierung hat Israel beschuldigt, Zivilisten ins Visier zu nehmen, und verwies auf Dutzende getöteter Frauen und Kinder. Sie hat die Gesamtzahl nicht nach Zivilisten und Hizbullah-Kämpfern aufgeschlüsselt.

(...)

02.10 Uhr: Streik im Westjordanland nach Toten bei israelischem Angriff

Aus Protest gegen einen israelischen Angriff in der Stadt Tulkarem im Westjordanland mit 18 Toten ist dort ein Generalstreik ausgerufen worden. Der Freitag ist für Muslime jedoch ein ähnlich wichtiger Wochentag wie der Sonntag für Christen, und das öffentliche Leben ist freitags weitgehend eingeschränkt.

01.50 Uhr: Biden rät Israel von Angriffen auf Irans Öl-Industrie ab

Der US-Präsident Joe Biden rät Israel von Angriffen auf die Infrastruktur der iranischen Öl-Industrie ab. «Wenn ich an ihrer Stelle wäre, würde ich über andere Alternativen nachdenken, als Ölfelder anzugreifen», sagte Biden bei einem überraschenden Auftritt in der regelmässigen Pressekonferenz des Weissen Hauses, die

normalerweise von seiner Sprecherin abgehalten wird.

Biden erklärte, die Israelis hätten sich bisher nicht festgelegt, wie sie auf den jüngsten iranischen Angriff von Dienstagabend reagieren wollten. Auf die Frage, ob er mit der israelischen Regierung dazu in Kontakt stehe, sagte er, man stehe in kontinuierlichem Austausch.

--

3. IPG: „Die Bedrohung ist real und beständig“

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/die-bedrohung-ist-real-und-bestaendig-7813/?utm_campaign=de_40_20241003&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Interviews 02.10.2024

„Die Bedrohung ist real und beständig“

Ein Jahr nach dem 7. Oktober:

**Judith Stelmach in Tel Aviv über die Spaltung der Gesellschaft,
doppelte Standards gegen Israel und den Angriff Irans.**

Judith Stelmach ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der
Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel.

Die Fragen stellte Alexander Isele.

Der Jahrestag des Massakers vom 7. Oktober steht an, noch immer ist das Schicksal vieler Geiseln ungewiss. Was hat das vergangene Jahr mit der israelischen Gesellschaft gemacht?

Die Gesellschaft wurde komplett aus der Bahn geworfen – in nahezu jeder Hinsicht. Vor allem das Vertrauen zwischen der Bevölkerung und dem Staat ist massiv erschüttert.

Was bisher als selbstverständlich angesehen wurde – nämlich dass der Staat seine Bürgerinnen und Bürger schützt – ist nicht eingetreten.

Dieses Gefühl der Verlassenheit ist keine Einbildung, sondern Realität. Es herrscht große Verwirrung darüber, wo die israelische Gesellschaft jetzt steht und was von dem Selbstverständnis, das bis zum 7. Oktober existierte, noch übrig ist.

Jeder in Israel ist betroffen, entweder direkt oder indirekt, weil fast jeder jemanden kennt, der von den Ereignissen getroffen wurde.

Auch wirtschaftlich und gesellschaftlich hat sich das Leben grundlegend verändert. Viele Menschen mussten über Nacht ihre Häuser verlassen und wissen nicht, ob sie jemals zurückkehren können. In

Europa wurde lange nicht wahrgenommen, dass nicht nur der Süden betroffen war, sondern auch der Norden des Landes.

68 500 Menschen können dort bis heute nicht zurück. Auch von den ursprünglich rund 75 000 Evakuierten im Süden des Landes kann circa ein Drittel nach wie vor nicht zurückkehren.

Die israelische Gesellschaft steckt in einer tiefen Krise. (...)

Nach einem Jahr dieses Velfrontenkrieges, haben Sie noch Hoffnung auf eine Lösung des Konflikts?

Wie Viktor Frankl sagte: „Die Hoffnung stirbt zuletzt“, und daran halte ich fest. Ohne Hoffnung wäre es unmöglich, morgens aufzustehen. Ich glaube nicht, dass diese Hoffnung unrealistisch ist, denn es liegt im Interesse aller Beteiligten, eine Lösung zu finden. Ich bin überzeugt, dass sowohl in der israelischen, der palästinensischen als auch in der libanesischen Bevölkerung die Mehrheit Frieden will.

Es wird kein naiver, idyllischer Frieden sein, aber im Kern wollen die Menschen weltweit dasselbe: ein gutes Leben. Sie wollen ihre Kinder sicher aufwachsen sehen und eine positive Zukunft. Und dafür braucht es Frieden. (...)

Interessanterweise hat der libanesische Ministerpräsident Najib Mikati diese Woche nach dem Gespräch mit dem schiitischen Parlamentspräsidenten Nabih Berri öffentlich seine Unterstützung für die Umsetzung der UN-Resolution 1701 bekundet, laut der die libanesische Armee für die Sicherheit im Süden des Landes sorgen und die Hisbollah sich hinter den Litani-Fluss zurückziehen soll.

Diese Signale machen mich optimistisch. Ob die Chance genutzt wird, bleibt abzuwarten. Aber sie ist da.

— —

4. IPG: „Die Hamas ist in Gaza bei vielen verhasst“

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/die-hamas-ist-bei-vielen-verhasst-7814/?utm_campaign=de_40_20241003&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Interviews 03.10.2024

„Die Hamas ist in Gaza bei vielen verhasst“

Usama Antar über das Leid der Menschen im Gazastreifen, die Eskalation im Libanon und Deutschlands Image in der arabischen Welt.

Dr. Usama Antar arbeitet im Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete er seit 2005

die Projekte in der Zweigstelle der FES im Gazastreifen. Er war zudem als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Teilzeitdozent in der Fakultät für Politik- und Medienwissenschaften an der Al-Azhar-Universität sowie an der Al-Aqsa-Universität in Gaza-Stadt tätig.

Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis.

Der Tag des Massakers vom 7. Oktober jährt sich. Seitdem führt Israel im Gazastreifen Krieg gegen die Hamas. Sie und ihre Familie mussten aus Gaza fliehen. Wie ist die Lage vor Ort?

Ich würde sagen, der Krieg richtet sich nicht nur gegen die Hamas, sondern gegen den gesamten Gazastreifen. Die Situation dort verschlechtert sich tagtäglich. Meine engen Familienangehörigen und ich konnten aus Gaza fliehen, allerdings habe ich Geschwister, Neffen und weitere Verwandte, die immer noch da sind. Auch die Familie meiner Frau ist noch dort. Die Situation ist sehr dramatisch. (...)

Das Schlimmste ist jedoch die Ungewissheit. Die Menschen wissen nicht, was am nächsten Tag passieren wird. Dass sich die Aufmerksamkeit und die Berichterstattung von Gaza derzeit Richtung Libanon verschiebt,

macht die Lage nicht einfacher. Es werden tagtäglich weitere Luftangriffe gegen Gaza verübt.

Darüber wird jedoch nur noch nebenbei berichtet. Es ist eine Katastrophe, dass keine richtigen Waffenstillstandsgespräche mehr stattfinden. Vor ein paar Monaten gab es noch ernsthafte Bemühungen – von den USA, der EU, auch von Katar und Ägypten. Momentan liegt alles still. Die Ungewissheit, der die Menschen in Gaza ausgesetzt sind, ist kaum zu ertragen.

Die Verhandlungen über eine Waffenruhe waren trotz zahlreicher Versuche bislang nicht von Erfolg gekrönt. Haben die Menschen in Gaza noch Hoffnung?

Die Hoffnung darf man nicht verlieren. Die Leute haben jedoch momentan den Eindruck, dass es der israelischen Armee eher um Rache geht – gegenüber der Hamas, aber auch gegenüber der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens.

Die Angst, dass Israel jetzt den Gazastreifen und Teile des Westjordanlandes annectieren könnte, wächst tagtäglich. Die Menschen befürchten, dass sie früher oder später komplett nach Ägypten vertrieben werden. Vor einigen Monaten hat man noch daran geglaubt, dass der Krieg irgendwann enden wird und sie mit dem Wiederaufbau

beginnen können. Nun herrscht jedoch eine spürbare Angst, dass sich das politische Klima dreht und Israel mehr Ansprüche geltend macht, als ihm nach internationalem Recht zusteht. (...)

Wie wird die Hamas in der Bevölkerung gesehen?

Die Hamas ist in Gaza bei vielen verhasst. Die Mehrheit der Leute will sie, sobald der Krieg zu Ende ist, nie wieder an der Macht sehen. Man muss das differenziert betrachten: Die Hamas ist zwar verantwortlich für dieses Desaster, denn sie hat den Krieg ausgelöst.

Der Feind in den Augen der Palästinenser ist dennoch Israel. Aufgrund der massiven Luftschläge Israels gegenüber dem Gazastreifen sowie der täglichen Militärationen in den palästinensischen Städten im Westjordanland wird die Hamas weiterhin unterstützt. In den Augen vieler setzt sie sich gegen Israel wenigstens zur Wehr – im Gegensatz zur Palästinensischen Autonomiebehörde, die tatenlos zusieht.

(...)

Welche Länder stehen besonders im Fokus und wie wird Deutschlands Rolle gesehen?

Die Amerikaner werden als Alliierte Israels betrachtet. Ägypten ist zwar bemüht, sorgt sich aber primär um seine eigenen Interessen.

Lediglich Katar versucht, die Rolle als Mediator zu spielen.

Deutschlands Image in Palästina, sei es im Westjordanland oder im Gazastreifen, hat sich sehr verschlechtert.

In den Medien gab es viele Berichte über deutsche Waffenlieferungen, auch wenn diese in den letzten Monaten gestoppt wurden. Man sieht Deutschland als Komplize der Israelis – nicht nur aufgrund der politischen Position gegenüber Israel, sondern insbesondere wegen der militärischen Unterstützung in den ersten Monaten.

Deutschland hat kein gutes Image mehr in der arabischen Welt, speziell in den arabischen Gesellschaften und den zivilgesellschaftlichen Organisationen, zum Beispiel in den Gewerkschaften. Dort macht man Deutschland mitverantwortlich für das Desaster in Gaza. Nicht jeder versteht die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel.

5. IPG: Ein Jahr nach dem Schock

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/ein-jahr-nach-dem-schock-7817/?utm_campaign=de_40_20241003&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Naher Osten/Nordafrika 03.10.2024

David French

David French ist Meinungskolumnist bei der *New York Times*.

Der Bestsellerautor und ehemalige Anwalt schreibt über Recht,

Kultur, Religion und bewaffnete Konflikte.

Er ist zudem Gastprofessor für öffentliche Ordnung an der *Lipscomb University*.

Ein Jahr nach dem Schock

Israel hat Fehler gemacht. Doch die jüngsten militärischen Erfolge haben die Position des Landes deutlich verbessert – insbesondere gegenüber Iran.

(...)

Der Hinweis auf die Rückschläge, die Iran und seine Stellvertreter in diesem Konflikt erleiden, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass Israel dafür einen grauenhaft hohen Preis zu zahlen hat. Der Norden des Landes wurde durch die Raketen der Hisbollah teilweise entvölkert.

Israel wird wegen seiner gewaltsamen Reaktion auf die Hamas international massiv verurteilt. Zudem sind die inneren Spannungen im Land und im Militär nicht zu übersehen. Selbst wenn Israel diesen Krieg am Ende gewinnt, wird es ihn entsetzlich teuer erkaufen haben.

(...)

Ende August erklärte Israel, in dem seit mittlerweile einem Jahr andauernden Krieg 17 000 Kämpfer der Hamas getötet und 22 ihrer 24 Bataillone „zerschlagen“ zu haben. Die eigenen Verluste gab Israel mit weniger als 1 000 gefallenen Soldaten an.

Die Hamas ist nicht besiegt, und es gibt Hinweise darauf, dass einige ihrer Bataillone derzeit versuchen, sich neu zu formieren. Unstrittig ist aber, dass der Organisation so massiver Schaden zugefügt wurde, dass sie nicht mehr in der Lage ist, der israelischen Armee hohe Verluste beizubringen.

Ich teile die Sorge meines Kollegen Thomas Friedman, dass Israel voraussichtlich einen Aufstand erleben wird, nachdem es die militärischen Strukturen der Hamas besiegt hat.

(...)

Im Juli ermordete Israel den Chef des Politbüros der Hamas, Ismail Haniyya, mit einem Sprengsatz, den Israel in ein Gästehaus der Revolutionsgarden geschmuggelt haben soll. Dass es Israel gelang, in

den iranischen Sicherheitsapparat einzudringen, war für Teheran ein Schock.

Besiegt hat Israel seine Feinde nicht. Die Hamas ist stark geschwächt, existiert aber nach wie vor. Die Hisbollah besitzt angeblich noch Zehntausende Raketen und Flugkörper und bedroht weiterhin den Norden Israels. Auch Iran verfügt über ein umfangreiches Raketenarsenal und behält den Einfluss auf seine Stellvertretertruppen, die über den Nahen Osten verteilt sind. Es ist also möglich, dass das Blatt in diesem Krieg sich erneut wendet.

Außerdem lässt sich sicherlich argumentieren, dass Iran und seine Stellvertreter einigen ihrer nicht-militärischen Ziele im Kampf gegen Israel nähergekommen sind. Israels diplomatische Impulse im Nahen Osten sind zum Erliegen gekommen. Die erhoffte Annäherung an Saudi-Arabien liegt auf Eis, und auf der weltpolitischen Bühne scheint Israel zunehmend isoliert. (...)

Die Biden-Administration hat Israel oftmals hart kritisiert, doch ihr Handeln lässt wenig Zweifel am engen Schulterschluss zwischen beiden Ländern – vor allem in Bezug auf seine Konfrontation mit dem Iran. Im August gab die Biden-Administration grünes Licht für ein Waffengeschäft mit einem Volumen von 20 Milliarden US-Dollar, das es Israel ermöglichen wird, 50 neue Kampfflugzeuge des Typs F-15IA aus den USA anzuschaffen (und damit für eine weitere Generation seinen qualitativen militärischen Vorsprung zu sichern).

Hinzu kommt, dass die Amerikaner momentan ihre Marinepräsenz in der Region in gewaltigem Umfang verstärken. Die US-Navy bekämpft die von Iran unterstützten Huthi-Rebellen im Roten Meer und versucht, Iran von weiteren Angriffen gegen Israel abzuschrecken.

(...)

Dieser Artikel erschien ursprünglich in Thw New York Times

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

6. DW: Iran und Israel: Wie aus Kooperation Feindschaft wurde

<https://www.dw.com/de/iran-israel-kooperation-feindschaft-hisbollah-gaza-libanon/a-69889763>

Iran und Israel: Wie aus Kooperation Feindschaft wurde

Rodion Ebbighausen

01.10.2024. 1. Oktober 2024

Wieder einmal eskaliert die Feindschaft:

Der Iran greift Israel mit Raketen an, Israels Regierung droht mit Vergeltungsangriffen. Dabei waren die beiden Staaten nicht immer Gegner - im Gegenteil.

(...)

Aus Verbündeten wurden Feinde

Der Iran und Israel sind seit Jahrzehnten verfeindet. Teheran spricht Israel das Existenzrecht ab und droht dem "zionistischen Regime" mit Vernichtung. Israel seinerseits betrachtet den Iran als seinen Erzfeind. Das war aber nicht immer so.

Bis zur Islamischen Revolution 1979 im Iran waren beide Länder eng verbündet. Der Iran zählte sogar zu den ersten Staaten, die 1948 den Staat Israel anerkannten. Israel betrachtete den Iran im Nahostkonflikt als Alliierten gegenüber den arabischen Staaten. Für Teheran bildete das von Washington unterstützte Israel ebenfalls ein willkommenes politisches Gegengewicht zu den arabischen Nachbarländern.

Israel bildete iranische Agrarexperten aus, lieferte technisches Know-how und half beim Aufbau und Training der persischen Streitkräfte. Der damalige Herrscher des Iran, Schah Mohammad Reza Pahlavi, bezahlte dafür mit Öl, das im wirtschaftlich aufstrebenden

Israel dringend gebraucht wurde.

Im Iran lebte die zweitgrößte jüdische Gemeinde außerhalb Israels.

Nach der Revolution verließ zwar ein größerer Teil der Juden das Land.

Doch noch heute leben mehr als 20.000 Juden im Iran.

Wendepunkt Islamische Revolution

Nach dem Sieg der islamischen Revolution im Iran 1979 und der Machtübernahme des religiösen Flügels innerhalb der Revolutionäre unter Ajatollah Ruhollah Chomeini annullierte Teheran alle Verträge mit Israel. Ajatollah Chomeini kritisierte Israel wiederholt scharf für dessen Besetzung palästinensischer Gebiete.

Teheran entwickelte Schritt für Schritt eine gegen Israel gerichtete scharfe Rhetorik mit dem Ziel, die Gunst der arabischen Staaten zu gewinnen oder zumindest die Sympathie der Bevölkerung in diesen Ländern. Das Regime im Iran wollte so den eigenen Einfluss vergrößern.

Als Israel 1982 in den libanesischen Bürgerkrieg eingriff und in den Süden des Landes einmarschierte, schickte Chomeini iranische Revolutionsgarden nach Beirut, um die dortigen schiitischen Milizen zu

unterstützen. Bis heute gilt die damals entstandene Hisbollah-Miliz als verlängerter Arm Teherans im Libanon.

(...)

Narrativ der Feindschaft nicht unumstritten

Anders als beim Konflikt der Regierungen gibt es in der Bevölkerung oder aus der Zivilgesellschaft immer wieder auch andere Töne. "Der Iran muss sein Verhältnis zu Israel auf den Prüfstand stellen, denn es ist nicht mehr zeitgemäß", sagte Faeseh Haschemi Rafsandschani Ende 2021 in einem Interview. Faeseh ist die Tochter des ehemaligen iranischen Staatspräsidenten Ali Akbar Haschemi Rafsandschani und ehemalige Abgeordnete des iranischen Parlaments.

Auch der prominente regierungskritische Politologe Sadegh Zibakalam kritisierte wiederholt die iranische Israel-Politik. "Diese Haltung hat das Land auf der internationalen Bühne isoliert", betont der Professor an der Universität Teheran 2022 in einem Gespräch mit der DW.

Auch in Israel gab es immer wieder Stimmen, die sich mit der Bevölkerung des Iran solidarisiert haben. So etwa die

Social-Media-Initiative "Israel liebt Iran", die 2012 erstmals für Schlagzeilen sorgte. 2023 unterstützte eine ähnliche Kampagne Iraner, die nach der Tötung von Mahsa Jina Amini gegen das Regime in Teheran auf die Straße gingen. Zuletzt wurde unter dem Hashtag #IsraelisLoveIranians erneut versucht, die Kampagne wiederzubeleben.
(...)

7. IPPNW: Friedensnobelpreisträgerorganisation fordert Ende der Gewalt

<https://news.ippnw.de/index.php?id=2558>

04.10.2024

Friedensnobelpreisträgerorganisation fordert Ende der Gewalt

Iranische Angriffe auf Israel, israelische Angriffe auf den Libanon

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW verurteilt die Militärschläge aller Konfliktparteien scharf. Sie fordert die Bundesregierung auf,

ihre diplomatischen Kanäle gegenüber Israel, dem Iran und der Hisbollah zu nutzen, um die brandgefährliche Gewaltspirale zu stoppen und sich für eine Waffenruhe einzusetzen.

Die Bundesregierung solle zudem gegenüber Israel deutlich machen, dass die gezielte Tötung des politischen pro-iranischen Führers Hassan Nasrallah und seiner Offiziere unter bewusster Inkaufnahme der Tötung zahlreicher Zivilist*innen gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen.

Ebenso müsse die Bundesregierung darauf hinwirken, dass der UN-Generalsekretär António Guterres weiterhin nach Israel reisen darf und der Einreise-Stopp mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird.

Die IPPNW begrüßt die Ankündigung des jordanischen Außenministers Ayman Safadi, am Rande der UN-Generalversammlung, 57 arabische und muslimische Länder seien bereit, die Sicherheit von Israel zu garantieren, wenn Israel die Besatzung beendet und die Entstehung eines palästinensischen Staates zulässt.

Der gemeinsame islamisch-arabische Ministerausschuss wolle einen Frieden, in dem Israel in Frieden und Sicherheit leben kann.

„Menschenrechte und das Völkerrecht sind unteilbar. Sie gelten für alle Menschen und Völker. Im Libanon wurden bereits mehr als 1.500

Zivilist*innen getötet, Tausende fliehen vor den israelischen Bomben.

Wo bleibt die Trauer über die über 40.000 Kriegstoten in Gaza und die hunderttausenden Verletzten und Hungernden dort?

Die Gewaltspirale muss unterbrochen werden! Das geht nur mit allen Regierungen der Region gemeinsam in einer internationalen Konferenz für Waffenstillstand, Frieden und Zusammenarbeit“, so die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen.

Angesicht der aktuellen Gefahr einer Ausweitung des Krieges rächt sich die Aufkündigung des Iran-Atomabkommen durch den damaligen US-Präsident Donald Trump im Jahr 2018.

Das Abkommen wurde im Jahr 2015 zwischen dem Iran und den USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Russland und China geschlossen und verpflichtete den Iran, sein ziviles Atomprogramm und insbesondere die Uran-Anreicherung zu beschränken und keine Atomwaffen zu bauen.

Im Gegenzug wurden Sanktionen gegen das Land zu einem großen Teil aufgehoben.

Es besteht die Gefahr, dass neben Israel weitere Staaten der Region nach Atomwaffen streben, wie z.B. der Iran, Saudi Arabien und die

Türkei. Dies sollte ebenfalls auf der Tagesordnung einer Konferenz für Frieden und Zusammenarbeit im Nahen Osten stehen.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) kritisierte zuletzt immer wieder, der Iran würde seine nuklearen Kapazitäten weiter ausbauen.

Israel verfügt über Atomwaffen, hat das jedoch nie offiziell zugegeben. In der Vergangenheit drohte Israel mehrfach, es könne Atomwaffen einsetzen.

Expert*innen schätzen, dass das Land mindestens 90 einsatzfähige Atomwaffen besitzt. Auch für Saudi Arabien besteht die Gefahr der nuklearen Proliferation.

Der neue iranische Präsident Masud Pezeshkian hat sich gegen Atomwaffen und für verbesserte Beziehungen mit dem Westen ausgesprochen.

Die IPPNW appelliert vor dem Hintergrund der andauernden Krise im Nahen Osten an die Gruppe der sechs am Atomabkommen mit dem Iran beteiligten Staaten (China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland, USA), alle Seiten zur Deeskalation zu mahnen, auf weitere Angriffe zu verzichten und die Verhandlungen über eine Wiederbelebung des Iran-Atomabkommens mittelfristig wieder voranzutreiben.

8. AUFRUF: FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN IN PALÄSTINA UND ISRAEL

<https://gerechter-frieden.org/aufruf/>

FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN IN PALÄSTINA UND ISRAEL

Zivilbevölkerung schützen, Waffenexporte stoppen!

Kundgebung am 18. Oktober 2024 um 17 Uhr vor dem Bundeskanzleramt

Wir erleben eine erschütternde Eskalation an Gewalt und Leid in

Palästina und Israel. Im aktuellen Krieg sind seit dem 7. Oktober 2023

bereits über 41.000 Menschen in Palästina und über 1.200 Menschen in

Israel getötet worden.

Etwa 100 Geiseln befinden sich noch immer in Gaza. Mindestens 95.000

Palästinenser:innen wurden verwundet und Unzählige werden vermisst.

Nahezu die gesamte Bevölkerung Gazas, 1,9 der 2,1 Millionen

Bewohner:innen, wurde bereits mehrfach innerhalb ihres Landes

vertrieben. Etwa 100.000 Israelis sind seit letztem Oktober evakuiert.

Es gibt keinen sicheren Ort im gesamten Gazastreifen. Das bewusste

Vorenthalten von humanitärer Hilfe, von Nahrungsmitteln, sauberem

Trinkwasser und medizinischer Versorgung durch Israel bedroht akut das

Leben Hunderttausender in Gaza. Und im Westjordanland sind die

Menschen mehr denn je schutzlos der Gewalt von Armee und Siedler:innen

ausgesetzt.

Zu all dem wollen und können wir nicht schweigen. Wir verurteilen alle
Kriegsverbrechen in diesem Krieg, sowohl die der Hamas und anderer
bewaffneter palästinensischer Gruppen, als auch die der israelischen
Regierung.

Wir trauern um alle Opfer der Gewalt in Palästina und Israel. Wir
bängen um die Tausenden, die in Israel willkürlich in Haft und oft
Folter und Misshandlung ausgesetzt sind. Wir bängen um diejenigen, die
als Geiseln nach Gaza verschleppt wurden.

Wir solidarisieren uns mit allen, die sich für Frieden und gleiche
Rechte für alle Menschen in der Region einsetzen.

Während die deutsche Regierung zu Recht die Kriegsverbrechen der Hamas
verurteilt, benennt sie die Kriegsverbrechen der israelischen
Regierung und der Armee noch nicht einmal als solche.

Mehr noch, durch ihr politisches Handeln billigt sie die
völkerrechtswidrigen Handlungen Israels in Gaza. Die Bundesregierung
schwächt die internationale Gerichtsbarkeit durch einseitige Parteinahme.

In Deutschland erleben wir im Kontext der Palästina-Solidarität
massive Eingriffe in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wir
stellen uns klar gegen die Kriminalisierung von legitimen Protesten

und tragen unsere Kritik am Krieg in Gaza und der Rolle der deutschen Regierung auch selbst auf die Straße.

Wir gehen auf die Straße, um deutlich zu machen: Eine Staatsräson, die bei den Menschenrechten und dem Völkerrecht doppelte Standards anlegt, nützt niemandem und trägt – den wiederholt vorgetragenen politischen Erklärungen zum Trotz – auch nicht zur Sicherheit Israels bei.

Menschenrechte und Völkerrecht sind universell. Menschenleben dürfen nicht mit zweierlei Maß gemessen werden: Palästinensisches Leben ist genauso kostbar wie israelisches Leben.

Wir fordern von der Bundesregierung:

Setzen Sie sich mit allen Mitteln für einen sofortigen und umfassenden Waffenstillstand ein. Nur ein Waffenstillstand schafft die Bedingungen für ein Ende des Tötens und für die Freilassung der Geiseln und unrechtmäßig Inhaftierten.

Lieferten Sie keine Rüstungsgüter an Israel, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden.

Unterstützen Sie die internationale Gerichtsbarkeit ohne

Einschränkungen, um die jahrzehntelange Straflosigkeit zu beenden.

Setzen Sie sich im Sinne des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 mit aller Kraft für ein Ende der illegalen Besatzung, des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus und der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland ein.

Schützen Sie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland:
Der Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus darf nicht gegen das Recht auf friedlichen Protest ausgespielt werden.

Wir wollen mit der Veranstaltung einen Raum für friedlichen Protest schaffen, der frei ist von Diskriminierung und Gewalt. Rassistische, anti-palästinensische und/oder antisemitische Äußerungen oder Handlungen akzeptieren wir nicht.

Aufrufende Organisationen:

Amnesty International Deutschland • Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg • Arbeitskreis Palästina Brühl-Battir • Ärzte der Welt • Bielefelder Nahost-Initiative • Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern (BIP) • CARE Deutschland •

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft • Deutsch-Palästinensischer
Frauenverein • Forum Ziviler Friedensdienst • Frauen wagen Frieden •
Freunde von Sabeel Deutschland • Humanistische Union • IALANA
Deutschland – Vereinigung für Friedensrecht • INNA
(Städtepartnerschaft Nablus/Nürnberg) • Internationale Liga für
Menschenrechte • Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig •
Interventionistische Linke Berlin • IPPNW Deutschland • Israelis für
Frieden • Israelisches Komitee gegen Hauszerstörungen (ICAHD) • Kairos
Palästina Solidaritätsnetz Deutschland • Komitee für Grundrechte und
Demokratie • medico international • Netzwerk Ökumenisches
Begleitprogramm in Palästina und Israel in Deutschland • NRC
Flüchtlingshilfe Deutschland • Palästina Initiative Region Hannover •
pax christi, Deutsche Sektion • Partnerschaftsverein Bonn-Ramallah •
Solidarität International • Terre des Hommes Deutschland • Weltfriedensdienst

9. UN: Ansprache Seiner Majestät König Abdullah II. auf der

79. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen

https://gadebate.un.org/sites/default/files/gastatements/79/jo_en.pdf

Ansprache Seiner Majestät König Abdullah II. auf der

79. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen

am 24. September 2024

Im Namen Gottes, des Allerbarmers, des Barmherzigen.

Herr Generalsekretär,
meine Exzellenzen,

Im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts habe ich an diesem Rednerpult gestanden, inmitten regionaler Konflikte, globaler Umwälzungen und humanitärer Krisen, die unsere Weltgemeinschaft auf eine harte Probe gestellt haben.

Es scheint, als hätte es keinen Moment gegeben, in dem unsere Welt nicht in Aufruhr war. Und doch kann ich mich nicht an eine Zeit erinnern, die gefährlicher war als diese.

Unsere Vereinten Nationen stehen vor einer Krise, die ihre Legitimität in Frage stellt und das globale Vertrauen und die moralische Autorität zu zerstören droht.

Die UNO wird angegriffen - im wörtlichen und im übertragenen Sinne.

Seit fast einem Jahr ist die himmelblaue Flagge, die über UN-Unterkünften und Schulen in Gaza weht, machtlos, unschuldige Zivilisten vor israelischen Militärbombardierungen zu schützen.

UN-Hilfslastwagen stehen nur wenige Kilometer von hungernden Palästinensern entfernt regungslos da. Humanitäre Helfer, die stolz

das Emblem dieser Institution tragen, werden herabgewürdigt und ins Visier genommen. Und die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs der Vereinten Nationen werden missachtet, seine Stellungnahmen werden ignoriert.

Es ist also keine Überraschung, dass sowohl innerhalb als auch außerhalb dieses Saals das Vertrauen in die Grundprinzipien und Ideale der UNO bröckelt.

Die harte Realität, die viele sehen, ist, dass einige Nationen über dem Völkerrecht stehen, dass sich die globale Gerechtigkeit dem Willen der Macht beugt und dass die Menschenrechte selektiv sind; ein Privileg, das nach Belieben gewährt oder verweigert werden kann.

Das können wir nicht hinnehmen und wir müssen erkennen, dass die Untergrabung unserer internationalen Institutionen und globalen Rahmenbedingungen eine der größten Bedrohungen für unsere globale Sicherheit darstellt.

Fragen Sie sich selbst: Wenn wir nicht als Nationen in der Überzeugung vereint sind, dass alle Menschen die gleichen Rechte, die gleiche Würde und den gleichen Wert haben und dass alle Länder vor dem Gesetz gleich sind, was für eine Welt bleibt uns dann?

Exzellenzen,

die Angriffe auf israelische Zivilisten am 7. Oktober letzten Jahres wurden von Ländern auf der ganzen Welt verurteilt, auch von Jordanien, aber das beispiellose Ausmaß des Terrors, das seit diesem Tag in Gaza herrscht, ist durch nichts zu rechtfertigen.

Der Angriff der israelischen Regierung hat zu einer der höchsten Sterberaten in den jüngsten Konflikten, einer der höchsten durch Krieg verursachten Hungerraten, der größten Zahl an amputierten Kindern und einem beispiellosen Ausmaß an Zerstörung geführt.

Diese israelische Regierung hat mehr Kinder, mehr Journalisten, mehr Helfer und mehr medizinisches Personal getötet als in jedem anderen Krieg in jüngerer Zeit.

Und vergessen wir nicht die Angriffe im Westjordanland. Dort hat die israelische Regierung seit dem 7. Oktober mehr als 700 Palästinenser getötet, darunter 160 Kinder.

In israelischen Haftanstalten befinden sich über 10.700 Palästinenser, darunter 400 Frauen und 730 Kinder - 730 Kinder. Über 4.000 Palästinenser wurden aus ihren Häusern und von ihrem Land vertrieben. Die Gewalt durch bewaffnete Siedler hat zugenommen. Ganze Dörfer

wurden vertrieben.

Und in Jerusalem gehen die eklatanten Verstöße gegen den historischen und rechtlichen Status quo an muslimischen und christlichen heiligen Stätten unvermindert weiter, unter dem Schutz und der Ermutigung von Mitgliedern der israelischen Regierung.

Um es klar zu sagen: Dies geschieht im Westjordanland, nicht im Gazastreifen.

Seit dem 7. Oktober wurden fast 42.000 Palästinenser getötet.

Ist es da ein Wunder, das viele fragen, wie dieser Krieg nicht als absichtlicher Angriff auf die Palästinenser wahrgenommen werden kann?

Das Leid der Zivilbevölkerung kann nicht als unvermeidbare Begleiterscheinung abgetan werden.

Ich bin als Soldat in einer Region aufgewachsen, die mit Konflikten nur allzu vertraut ist. Aber an diesem Krieg und der seit dem 7. Oktober entfesselten Gewalt ist nichts Vertrautes.

In Ermangelung einer globalen Rechenschaftspflicht werden wiederholte

Gräueltaten normalisiert und drohen eine Zukunft zu schaffen, in der überall auf der Welt alles erlaubt ist. Ist es das, was wir wollen?

Jetzt ist es an der Zeit, den Schutz des palästinensischen Volkes zu gewährleisten. Es ist die moralische Pflicht dieser internationalen Gemeinschaft, einen Schutzmechanismus für sie in den besetzten Gebieten einzurichten.

Dies wird die Sicherheit von Palästinensern und Israelis vor Extremisten gewährleisten, die unsere Region an den Rand eines totalen Krieges bringen.

Das gilt auch für diejenigen, die weiterhin die Idee von Jordanien als alternativer Heimat propagieren. Lassen Sie mich das ganz deutlich sagen: Das wird niemals geschehen. Wir werden die Zwangsumsiedlung von Palästinensern, die ein Kriegsverbrechen darstellt, niemals akzeptieren.

Kein Land in der Region profitiert von einer Eskalation. Das haben wir in den letzten Tagen bei den gefährlichen Entwicklungen mit Libanon deutlich gesehen. Das muss aufhören.

Seit Jahren streckt die arabische Welt Israel durch die Arabische Friedensinitiative die Hand entgegen und bietet im Austausch für

Frieden volle Anerkennung und Normalisierung an.

Doch die aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen, ermutigt durch jahrelange Straflosigkeit, haben den Frieden abgelehnt und sich stattdessen für die Konfrontation entschieden.

Straflosigkeit gewinnt an Kraft. Wenn sie nicht kontrolliert wird, gewinnt sie an Dynamik.

Die Palästinenser haben mehr als 75 Jahre Besatzung und Unterdrückung ertragen. In dieser Zeit wurde der israelischen Regierung erlaubt, eine rote Linie nach der anderen zu überschreiten.

Doch nun wird die jahrzehntelange Straflosigkeit Israels zu seinem schlimmsten Feind. Und die Folgen sind überall zu spüren.

Die israelische Regierung wurde vor dem Internationalen Gerichtshof des Völkermords beschuldigt. Überall auf der Welt wird Empörung über ihr Verhalten laut. In Städten überall finden Massenproteste statt, und der Ruf nach Sanktionen wird immer lauter.

Die internationale Frustration über Israel hat schon lange zugenommen, aber sie war noch nie so offensichtlich.

Jahrzehntlang hat sich Israel als blühende Demokratie im Nahen Osten nach westlichem Vorbild dargestellt.

Doch die Brutalität des Krieges gegen Gaza hat die Welt gezwungen, genauer hinzuschauen.

Jetzt sehen viele Israel mit den Augen seiner Opfer. Und der Widerspruch, das Paradoxon, ist zu schockierend.

Das moderne, fortschrittliche Israel, das aus der Ferne bewundert wird, und das Israel, das die Palästinenser aus erster Hand erlebt haben, können einfach nicht nebeneinander existieren. Israel wird sich letztendlich entweder für das eine oder das andere entscheiden.

Das ist die Entscheidung, die seine Führung und sein Volk treffen müssen. Nach den demokratischen Werten der Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit für alle zu leben oder eine weitere Isolation und Ablehnung zu riskieren.

Immer wieder haben wir beobachtet, wie Israel versucht hat, Sicherheit durch militärische Mittel zu erreichen. Auf jede Eskalation folgt eine Pause, bis zur nächsten, tödlicheren.

Und seit Jahren geht die Weltgemeinschaft den Weg des geringsten Widerstands - sie akzeptiert den Status quo der anhaltenden militärischen Besatzung der Palästinenser und gibt gleichzeitig Lippenbekenntnisse zur Zweistaatenlösung ab.

Aber es war noch nie so offensichtlich, dass der derzeitige Status quo unhaltbar ist. Und wie das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vor zwei Monaten unterstrich, ist er eindeutig illegal.

Das Gutachten des Gerichtshofs ist für uns alle ein moralischer Imperativ. Die darin enthaltene Verpflichtung dürfen unsere Nationen nicht ignorieren - um unserer Welt willen und für die Zukunft der Palästinenser und Israelis gleichermaßen.

Denn beide Völker verdienen es, ihr Leben in Würde, frei von Gewalt und Angst zu leben.

Und der einzige Weg, dies zu erreichen, ist ein gerechter Frieden, der auf internationalem Recht, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und gegenseitiger Anerkennung beruht.

Das ist etwas, worin wir uns als Nationen und Menschen überall

vereinen können und müssen.

Exzellenzen,

die Welt schaut zu, und die Geschichte wird uns nach dem Mut
beurteilen, den wir zeigen.

Und nicht nur die Zukunft wird uns zur Rechenschaft ziehen, sondern
auch die Menschen im Hier und Jetzt.

Sie werden beurteilen, ob wir als Vereinte Nationen der Untätigkeit
nachgeben oder für die Wahrung der Grundsätze kämpfen werden, die
diese Institution und unsere Welt verankern.

Im Moment fragen sie sich, ob wir tatenlos zusehen werden, wie Eltern
mit ansehen müssen, wie ihre Kinder dahinsiechen, wie Ärzte mit
ansehen müssen, wie ihre Patienten aufgrund fehlender medizinischer
Grundversorgung sterben, und wie noch mehr unschuldige Menschen ihr
Leben verlieren, weil die Welt nicht handelt.

Dieser Krieg muss enden. Geiseln und Gefangene müssen nach Hause
zurückkehren. Aber jeder Tag, den wir warten, ist für viel zu viele
Menschen ein Tag zu viel.

Daher rufe ich alle Länder auf, sich Jordanien anzuschließen und ein internationales „Gaza Humanitarian Gateway“ zu errichten - eine massive Hilfsaktion, um Lebensmittel, sauberes Wasser, Medikamente und andere lebenswichtige Güter an die Bedürftigen zu liefern. Denn humanitäre Hilfe sollte niemals ein Werkzeug des Krieges sein.

Unabhängig von unserer politischen Einstellung ist eine Wahrheit unbestreitbar: Kein Volk sollte ein solches beispielloses Leid ertragen müssen, verlassen und allein. Wir dürfen die Zukunft nicht denen überlassen, die von Spaltung und Konflikten profitieren.

Ich fordere alle Nationen mit Gewissen auf, sich in den kommenden kritischen Wochen dieser Mission mit Jordanien zu vereinen.

Fast ein Jahr nach Beginn dieses Krieges hat unsere Welt politisch versagt, aber unsere Menschlichkeit darf die Menschen in Gaza nicht länger im Stich lassen.

Ich wiederhole die Worte meines Vaters von vor 64 Jahren auf der 15. Sitzung der Generalversammlung und bete, dass diese Gemeinschaft von Nationen den Mut haben möge, weise und furchtlos zu entscheiden, und mit der dringenden Entschlossenheit handeln wird, die diese Krise und unser Gewissen erfordern.

Mein Vater war ein Mann, der bis zum Schluss für den Frieden gekämpft hat. Und wie er weigere auch ich mich, meinen Kindern oder Ihren Kindern eine Zukunft zu hinterlassen, die wir aufgegeben haben.

Vielen Dank.

10. Campact: Einladung zum Online-Seminar

Liebe Friedensinteressierte,

vor rund einem Jahr, am 7. Oktober, haben Terroristen der Hamas und ihrer Verbündeten Israel überfallen. Seitdem eskaliert die Gewalt im Nahen Osten. **Für die Menschen in der Region war es ein Jahr voller Tod, Trauer und Angst.** Ein Waffenstillstand ist nicht in Sicht, von Frieden ganz zu schweigen.

Doch einige Mutige setzen sich genau dafür ein: **Raluca Ganea von unserer Schwesterorganisation Zazim organisiert in Israel die Friedensbewegung mit.** Zusammen mit engagierten Menschen aus Israel und Palästina arbeitet sie unermüdlich für eine friedliche Lösung des Konflikts.

Gemeinsam mit Zazim organisieren wir am 9. Oktober um

20.30 Uhr ein Online-Seminar. **Es ist eine einmalige Gelegenheit, beeindruckende Friedensaktivist*innen aus Israel und Palästina kennenzulernen und ihre Sicht auf die Lage zu hören.** Lies weiter unten Raluca's Einladung – oder melde Dich direkt an:

[Ja, ich melde mich für das Online-Seminar an](#)

[Ich kann leider nicht teilnehmen, freue mich aber über den Mitschnitt](#)

Herzliche Grüße
Jan-Philipp Witt, Campaigner

Liebe Freund*innen,

mein Name ist Raluca und ich bin die Geschäftsführerin von Zazim. Genau wie Campact und seine Unterstützer*innen setzen wir uns für Demokratie und eine bessere Zukunft für alle ein. Doch seit einem Jahr hat sich der Schwerpunkt unserer Arbeit verschoben, denn seitdem herrscht bei uns Krieg. Unser wichtigstes Ziel ist seitdem: Frieden. **Denn hier – in Gaza, in Israel und jetzt auch im Libanon – sterben täglich Menschen einen sinnlosen Tod.**

Das Jahr seit dem brutalen Angriff der Hamas, bei dem israelische Bürger*innen ermordet und andere als Geiseln verschleppt wurden, war das schwierigste unseres Lebens. Zwei Mitglieder unseres Teams haben beim Massaker am 7. Oktober ihre Eltern und nahe Verwandte verloren. Andere Opfer und Geiseln kennen wir gut – viele von ihnen haben sich wie wir für den Frieden eingesetzt.

Doch die Trauer und der Schrecken, die wir selbst durchlebt haben, macht uns nicht blind für das Leid der Menschen im Gazastreifen. Die massiven israelischen Bombardierungen und die humanitäre Krise dort verschlimmern nur die Not der Bevölkerung, anstatt uns einem Geiselabkommen und dem Frieden näher zu bringen.

Wir haben uns mit allem Nachdruck für das Ende des Krieges, für ein Abkommen zur Freilassung der Geiseln und für eine Zwei-Staaten-Friedenslösung eingesetzt. Doch unsere Regierung hat daran kein Interesse. Sie ist entschlossen, die Lage weiter zu eskalieren. **Wir als israelische Bürger*innen fühlen uns von unserem Staat im Stich gelassen, seit er uns am 7. Oktober nicht schützte.** Und auch jetzt zerstört die Regierung unser Vertrauen, statt es wiederherzustellen.

Um seine politische Macht zu erhalten, setzt Premierminister Netanjahu das Leben der Geiseln aufs Spiel, die sich noch immer im Gazastreifen befinden – und das von Zehntausenden Bürger*innen, die aus ihren Häusern an der Grenze im Norden und Süden des Landes vertrieben wurden. Er will die rechtsextremen Parteien in seiner Regierungskoalition nicht

brüskieren.

Es wird immer deutlicher, dass die israelische Regierung den Krieg fortsetzen und ausweiten will. Netanjahu und seine Partner tun alles, um einen palästinensischen Staat an der Seite Israels zu verhindern. Sie versuchen, die gesamte Region und die USA in den Krieg zu ziehen – um den Iran daran zu hindern, Atomwaffen zu bekommen. Und sie wollen Donald Trump helfen, die US-Wahlen zu gewinnen; denn anders als die aktuelle US-Regierung kritisiert der Ex-Präsident ihre Aggressionen nicht.

All dies geschieht über die Köpfe von normalen Menschen wie uns hinweg. Die Welt hört nur die Extremist*innen auf beiden Seiten, während wir, die einfachen Menschen, die Frieden wollen, nicht gehört werden. **Um die israelische Friedensbewegung zu stärken und wirklich etwas zu bewirken, brauchen wir Menschen wie Dich.** Wir brauchen Menschen, die uns zuhören, damit unsere Botschaft in Deutschland und der Welt ankommt.

Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit Campact und Europe Calling ein Webinar organisiert, bei dem wir über Wege zum Frieden in Israel und Palästina sprechen wollen. Ich hoffe, dass Du und viele andere dabei sind – um mehr darüber zu erfahren, was in der Region passiert.

Das Online-Seminar findet am Mittwoch, dem 9. Oktober, um 20.30 Uhr statt. Um teilzunehmen, brauchst Du nur einen Computer mit funktionierendem Internet-Browser. Es wird eine deutsche Live-Übersetzung geben. Der Button führt Dich auf die Zoom-Registrierungsseite von Europe Calling – der größten politischen Webinar-Organisation Europas. Nachdem Du Dich registriert hast, erhältst Du Deine persönlichen Einwahldaten per E-Mail.

Klicke hier, um Dich anzumelden:

[Ja, ich melde mich für das Online-Seminar an](#)

[Ich kann leider nicht teilnehmen, freue mich aber über den Mitschnitt](#)

Wir treffen uns im Webinar mit einigen engen Freund*innen und Kolleg*innen von mir – Israelis und Palästinenser*innen. Mit dabei sind:

mein Freund **Maoz Inon, ein israelischer Unternehmer und Aktivist**, der am 7. Oktober seine Eltern verloren hat und seitdem sein Leben der Förderung des Friedens widmet.

sein Partner **Aziz Abu-Sarah, ein palästinensischer Journalist und Friedensaktivist**, der seinen Bruder in diesem blutigen Konflikt verloren hat. Azis hat die Organisation InterAct mitgegründet, die sich für Konfliktvermittlung einsetzt.

Dr. Rula Hardal, die palästinensische Ko-Direktorin von „Ein

Land für alle – Zwei Staaten“, einer palästinensisch-israelischen Organisation, deren Vorstand ich mit Stolz angehöre.

Ich persönlich habe von jedem dieser Menschen viel gelernt – vor allem, wie es gelingt, die Hoffnung auch in den schwierigsten Zeiten aufrechtzuerhalten. Ich lade Dich ein, Dir unsere Geschichten anzuhören und zu erfahren, was Du für den Frieden im Nahen Osten tun kannst.

Hoffnungsvoll
Raluca Ganea, Zazim

— —

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015

Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt